

Geschäftszahlen:
BMBWF 2021-0.771.812
BMDW 2021-0.773.083

8/4.1
Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Tagung des Rates der Europäischen Union „Wettbewerbsfähigkeit“ (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt), Brüssel, 28. und 29. September 2021

Binnenmarkt und Industrie

Am 29. September 2021 fand in Brüssel die Tagung der Minister/innen für Wettbewerbsfähigkeit, Teil Binnenmarkt und Industrie, statt. Österreich wurde durch Bundesministerin Dr. Margarethe Schramböck vertreten. Seitens der Europäischen Kommission war Vizepräsident Maroš Šefčovič vertreten. Den Vorsitz führte der slowenische Wirtschaftsminister Minister Zdravko Počivalšek sowie der slowenische Minister für öffentliche Verwaltung Boštjan Koritnik.

Die Diskussion zu TOP 6 Paket „Fit für 55“ aus industrieller Sicht zeigte große Einigkeit zwischen den MS, dass auf die industrielle Wettbewerbsfähigkeit der Industrie geachtet werden und neue, grüne Geschäftsmodelle entwickelt werden müssen. Die MS forderten einhellig auch eine aktive Rolle für den Rat WBF, damit dieser eine ganzheitliche Sicht einbringe und die Industrie bei ihren Bemühungen zur Zielerreichung unterstützt. Unterschiedliche Auffassung gab es zum Einsatz von IPCEI, der Rolle von Erdgas als Übergangstechnologie sowie dem Einsatz von Kernkraft. Teilweise forderten MS, dass die Auswirkungen des Verbots von Verbrennungsmotoren ab 2035 nicht nur auf den Sektor, sondern auf die gesamte Lieferkette genau untersucht werden müssen. FBM Schramböck unterstrich die wichtige Rolle des Rates Wettbewerbsfähigkeit beim Ff55 Paket als Stimme für Unternehmen und Arbeitnehmer/innen. Man dürfe es nicht als selbstverständlich ansehen, dass Arbeitsplätze in den nächsten 10-20 Jahren in der EU bleiben werden. Sie begrüßte die Behandlung des Ff55 Pakets im Rat WBF und sah dies als Anfang der Diskussionen. Das Paket müsse auch aus der Perspektive der Industrie abgestimmt sein. Bei den Verhandlungen gehe es um Qualität vor Zeit. Man gehe davon aus, dass der Rat WBF stark eingebunden werde.

Unter TOP 7 fand eine öffentliche Aussprache über eine zukunftsfähige Politikgestaltung zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und zur weiteren Förderung des Binnenmarkts als Teil der Agenda für bessere Rechtsetzung statt. Während der Aussprache betonten die Minister/innen, wie wichtig ein klarer, kohärenter und zukunftssicherer Rechtsrahmen sei, der gerade jetzt in Zeiten der wirtschaftlichen Erholung sowie des grünen und digitalen Wandels entscheidend sei. Die von der EK vorgeschlagenen Grundsätze wie „One-in-one-out“ werden grundsätzlich begrüßt, man müsse aber einen Fokus auf KMU legen und die Qualität von Folgenabschätzungen verbessern. FBM Schramböck betonte, es sei wichtig, dem Prinzip „think small first“ zu folgen, um sicherzustellen, dass KMU als Rückgrat der Wirtschaft wettbewerbsfähig und innovativ bleiben. Digitale Lösungen müssen verstärkt zum Abbau von Bürokratie und zur Deregulierung eingesetzt werden. In Österreich gebe es hierfür viele erfolgreiche Beispiele, wie den Einsatz des Once only-Prinzips, dessen Rechtsgrundlage kürzlich geschaffen wurde, und bei welchem mit Hilfe von Synergien im Datenbereich große Einsparungen getroffen werden können. Hinsichtlich der Folgenabschätzung werde Deutschland in der Einschätzung, dass es Qualitätsverbesserungen bedarf, unterstützt. Man freue sich außerdem über den Plan, das Wettbewerbsrecht zu erneuern. Bei den IPCEIs brauche es hingegen mehr Flexibilität sowie Geschwindigkeit und weniger Bürokratie.

Danach wurde der Jahresbericht der Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften von der EK vorgestellt. Anschließend präsentierte EL die Gemeinsame Ministererklärung zur innovationsfördernden öffentlichen Beschaffung in der EU und wurde von IT, DE und AT unterstützt. Zum Abschluss informierte der Vorsitz, dass die für weitere Vorbereitungsarbeiten des künftigen einheitlichen EU-Patentsystems notwendige Anzahl von Ratifikationen des Protokolls über die vorläufige Anwendung des Patentgerichtsübereinkommens (PPA) in Kürze erreicht sein sollte. Auf Wunsch von LU, IT, BE, FR soll am Rat WBF im November neuerlich informiert werden.

Forschung

Am 28. September 2021 fand unter Vorsitz der slowenischen Ministerin Simona Kustec der Forschungsteil des Rates Wettbewerbsfähigkeit in Brüssel statt. Österreich wurde durch Bundesminister Heinz Faßmann vertreten. Seitens der Europäischen Kommission war Kommissarin Mariya Gabriel anwesend.

Erster Tagesordnungspunkt war die Annahme der Schlussfolgerungen zum globalen Konzept für Forschung und Innovation. Sie enthalten die wichtigsten Grundsätze und

Werte in der internationalen Zusammenarbeit sowie mehrere Maßnahmen. Zentral ist die „ausgewogene gegenseitige Offenheit“ in der internationalen Forschungszusammenarbeit. Mehrere Mitgliedstaaten, darunter auch Österreich, meldeten sich unterstützend zu Wort. Deutschland und Österreich sprachen sich erneut für die rasche Aufnahme von Sondierungsgesprächen mit der Schweiz betreffend Assoziierung zu Horizon Europe aus und betonten, dass auch die Schweiz einen Beitrag leisten müsse (ausländische Kohäsionsmilliarde). Bundesminister Faßmann stellte klar, dass die Beziehungen zur Schweiz nicht nur für Deutschland und Österreich als Nachbarstaaten, sondern für die gesamte EU von großer Bedeutung seien. Die Schweiz zähle zu den global führenden Forschungsnationen und sei daher ein äußerst attraktiver und erfolgreicher Partner für die EU. Spanien und die Niederlande unterstrichen die langjährigen Beziehungen mit UK, Israel und der Schweiz, die fortgeführt werden sollen.

In der Orientierungsaussprache zur Governance und Umsetzung des Europäischen Forschungsraums (EFR) ging es insbesondere um die politische Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten und die Rolle der Minister/innen-Konferenzen sowie nationaler EFR-Aktionspläne, die Einbeziehung der Stakeholder auf nationaler und europäischer Ebene sowie die Einbindung von (assoziierten) Drittstaaten. Zahlreiche Delegationen betonten, dass man die vorgeschlagene Governance grundsätzlich unterstütze, auch die ERA-Minister/innen-Konferenzen. Bei den nationalen EFR-Aktionsplänen unterstrichen mehrere Mitgliedstaaten, dass es Freiwilligkeit und Flexibilität brauche. Sämtliche Delegationen sprachen sich für die Einbeziehung der Stakeholder auf nationaler und europäischer Ebene aus, diskutiert wird weiter das konkrete „Wie“. Deutschland und Österreich meinten, es müsse auch möglich sein, dass die Mitgliedstaaten untereinander diskutieren. In der Einbindung von Drittstaaten sehen mehrere Mitgliedstaaten einen Mehrwert, einige wollen zwischen Drittstaaten und assoziierten Drittstaaten unterscheiden und betonten auch, dass die Drittstaaten die europäischen Grundwerte teilen müssten.

Bundesminister Faßmann begrüßte die Ausführungen von Kommissarin Gabriel bezüglich der Governance-Struktur: Österreich unterstütze die Bemühungen, die Governance müsse effektiv sein und es brauche ein stärkeres Engagement der Mitgliedstaaten. Kern der Sache sei, wie sehr die Mitgliedstaaten hinter dem EFR stehen und diese „wunderbare Idee“ unterstützen. Die Einbindung der Stakeholder erachtet Österreich als Notwendigkeit. Dies solle rechtzeitig erfolgen, damit sie Ziele und Maßnahmen mittragen. Dabei sollen sie nicht immer mitdiskutieren, sondern dann, wenn es notwendig sei. Assoziierte Drittstaaten und Drittstaaten sollen eingebunden werden, das hänge auch von der Fragestellung ab. Die Schweiz habe als langjähriger EFR-Partner eine besondere

Position. Wichtig sei, dass sich Drittstaaten zu europäischen Werten bekennen; das sei eine Basisvoraussetzung, um Drittstaaten in den EFR-Prozess einzubinden.

Unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges berichtete die Kommission über den aktuellen Stand der Assoziierungen von Drittstaaten zum EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe. Der Vorsitz informierte danach zum Sachstand bei den Verhandlungen zu den europäischen institutionalisierten Partnerschaften. Abschließend verwies der Vorsitz auf die virtuelle Konferenz zur „Vertiefung des Europäischen Forschungsraums durch Geschlechtergleichstellung“, die Anfang Juli in Ljubljana stattgefunden hatte und lud die Mitgliedstaaten zur Unterstützung der „Erklärung von Ljubljana zur Geschlechtergleichstellung in Forschung und Innovation“ ein. Zahlreiche Delegationen einschließlich Österreichs drückten in Wortmeldungen bereits ihre Unterstützung aus.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

26. November 2021

Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann
Bundesminister

Dr. Margarete Schramböck
Bundesministerin